

(Abg. Tischner)

krank ist und ausfällt, und ist Ihnen auch bekannt, dass die Schulleiterin der aufnehmenden Schule ihr Amt infolge der Diskussionen und des nicht vorhandenen Lehrpersonals niedergelegt hat? Die zweite Frage wäre dann: Was sind die Maßnahmen, um dem abzuhelpfen?

Ohler, Staatssekretärin:

Zu den Fragen müsste ich mich beim Staatlichen Schulamt Ost noch einmal erkundigen.

Präsident Carius:

Also die Antwort wird nachgeliefert. War das die?

Ohler, Staatssekretärin:

Ja.

Präsident Carius:

Das war doch die Antwort darauf.

So, jetzt darf ich noch mal um den letzten Schub an Aufmerksamkeit für die spannenden Anfragen und noch spannenderen Antworten, für die zwei Anfragen – eine von Frau Abgeordnete Henfling, die jetzt das Wort hat, für die Anfrage in der Drucksache 6/3322 – bitten.

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vernetzungstreffen der extremen Rechten in Mosbach

In dem am 11. Januar 2017 im WDR ausgestrahlten Dokumentarfilm „Das braune Netzwerk“ wurden die Zuschauerinnen und Zuschauer darüber informiert, dass sich am 15. Juli 2016 ein extrem rechtes Netzwerk von Protagonistinnen und Protagonisten vom Deutschen Kolleg, von der NPD, von Holocaust-Leugnerinnen und -Leugnern u. a. in einer Gaststätte im thüringischen Mosbach in der Gemeinde Wutha-Farnroda traf.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse existieren über das im Dokumentarfilm angesprochene Vernetzungstreffen der extrem rechten Szene in Mosbach bzw. Wutha-Farnroda (unter anderem wird die Nennung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bzw. der teilnehmenden Parteien, Vereine, Gruppen etc. erbeten)?
2. Sind seit 2011 vergleichbare Vernetzungstreffen der extremen Rechten in Mosbach bzw. Wutha-Farnroda veranstaltet worden (die Nennung von Datum, Ort, Teilnehmerzahl, teilnehmenden Parteien, Vereinen, Gruppen etc. werden erbeten)?
3. Wie bewertet die Landesregierung dieses (bezogen auf Frage 1) bzw. diese Vernetzungstreffen (entsprechend der Antwort auf Frage 2) in Bezug auf die Bedeutung innerhalb der extremen Rechten?

Präsident Carius:

Vielen Dank. Es antwortet für die Landesregierung das Ministerium für Inneres und Kommunales, Herr Staatssekretär Götze, bitte.

Götze, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Henfling beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Der Landesregierung liegen keine weiteren, über die im Film „Das braune Netzwerk“ bereits benannten Informationen zum Treffen der rechtsextremistischen Szene am 15. Juli 2016 in Mosbach, Gemeinde Wutha-Farnroda vor.

Zu Frage 2: Der Landesregierung ist bekannt, dass die Örtlichkeit in den vergangenen Jahren mehrfach für Treffen rechtsextremistischer Gruppierungen genutzt wurde. Insbesondere veranstaltete die sogenannte Exil-Regierung Deutsches Reich mehrfach im Jahr in Mosbach Treffen, wie beispielsweise sogenannte Kabinettsitzungen oder sogenannte Bürgertreffen. Das Amt für Verfassungsschutz hat in seinen Jahresberichten jeweils auf Mosbach als Veranstaltungs- und Treffort für diese Gruppierungen hingewiesen. Ich gehe hierauf nachfolgend noch detaillierter ein.

Darüber hinaus kann es weitere, den Sicherheitsbehörden wegen der begrenzten Teilnehmerzahl und einer möglicherweise fehlenden Öffentlichkeitswirksamkeit nicht bekannt gewordene Veranstaltungen bzw. Treffen gegeben haben. Konkret liegen der Landesregierung Erkenntnisse zu 13 Treffen der sogenannten Exil-Regierung Deutsches Reich in Mosbach im Zeitraum von 2011 bis 2014 vor. Im Einzelnen fanden diese Treffen wie folgt statt: Im Jahr 2011 am 11./12. Februar, am 15. und 16.04., am 19. und 20.08. und vom 21. bis 23.10. und 19. bis 20.11. Im Jahr 2012 am 13. bis 14.01., 16./17.03., am 16.06., am 14.07. und am 24.11. Im Jahr 2013 am 15./16.02. und am 21.09. sowie im Jahr 2014 am 14./15.03. Die konkreten Teilnehmerzahlen der Veranstaltungen der sogenannten Exil-Regierung Deutsches Reich wurden im Regelfall nicht bekannt. Sie dürften sich jedoch zwischen 15 und 30 Personen bewegt haben. Nachdem sich im Jahr 2012 ein größerer Teil der Mitglieder der sogenannten Exil-Regierung Deutsches Reich unter identischen Namen abgespalten hat, nahmen die Aktivitäten der ursprünglichen sogenannten Exil-Regierung Deutsches Reich kontinuierlich ab. Nach dem 15. März 2014 wurden keine Treffen dieser Gruppierungen in Mosbach mehr festgestellt.

Zu Frage 3: Die im Film „Das braune Netzwerk“ in Rede stehenden Treffen dienen der Stärkung der Binnenstruktur innerhalb dieses Teilspektrums der rechtsextremistischen Szene. Tatsächlich handelt es sich bei den geschilderten Teilnehmern um langjährige Rechtsextremisten, deren Aktivitäten vor allem auf die Herausbildung und Stärkung der ideologischen Grundlagen des gesamten rechtsextremistischen Spektrums gerichtet sind. Sie tragen unter anderem mit verschiedenen Veröffentlichungen und Rednerveranstaltungen insbesondere zur Gewinnung und Bindung weniger aktionsorientierter Rechtsextremisten bei. Die in Rede stehenden Treffen der Hauptprotagonisten dieses Teilspektrums dienen der Koordinierung und dem Austausch von Ideen zur Weiterentwicklung entsprechender Aktivitäten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident Carius:

Sie können gleich vorn bleiben. Ach so, Frau Henfling hat noch eine Frage.

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sieht die Landesregierung Verbindungen zur sogenannten Reichsbürgerbewegung in Bezug auf konkret diese Treffen?

Götze, Staatssekretär:

Das kann ich Ihnen hier nicht beantworten. Die Antwort müsste ich schriftlich nachliefern.

Präsident Carius:

Gut, ich wurde jetzt noch mal darauf hingewiesen: Nach der neuen Geschäftsordnung heißt das, dass wir binnen einer Woche auf die nicht beantworteten Nachfragen antworten müssen. Das wissen sicher alle Mitglieder in der Landesregierung, ich muss es aber feststellen.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Jetzt zieht er es zurück!)

Wie, Frau Henfling zieht zurück?

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Nein, die Zusage!)

Okay.

Dann kommen wir jetzt zur allerletzten Anfrage – also noch mal die Aufmerksamkeit zusammennehmen – des Abgeordneten Henke von der AfD-Fraktion in der Drucksache 6/3334.

Abgeordneter Henke, AfD:

Ja, vielen Dank, Herr Präsident.

Den vorliegenden Daten zufolge – Kleine Anfrage 659 des Abgeordneten Kießling – bestanden zum 30. September 2015 in der Landespolizei Zeitguthaben von etwa 21 Stunden pro Polizeivollzugsbeamten.

Ich frage die Landesregierung:

Welche Zeitguthaben bestanden in der Landespolizei je Polizeivollzugsbeamten zum 30. September 2016?

Präsident Carius:

Und für die Landesregierung antwortet erneut das Ministerium für Inneres und Kommunales, Herr Staatssekretär Götze.

Götze, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Mündliche Frage des Abgeordneten Henke beantworte ich für die Landesregierung wie folgt: